

NACHRICHTEN

Samsung: Keine Kinderarbeit

SEOUL sda. Samsung hat Vorwürfe der Kinderarbeit bei einem seiner Zulieferer in China zurückgewiesen: In der Fabrik von HEG Technology in Huizhou seien weder Minderjährige noch Studenten tätig, schrieb der südkoreanische Elektronikkonzern gestern mit Verweis auf eine kürzlich erfolgte Prüfung. Die US-Organisation China Labor Watch hatte einen Bericht veröffentlicht, wonach der Zulieferer bei der Einstellung neuer Mitarbeiter diese nicht überprüft habe. Im Werk sei ein 14-Jähriger angestellt worden. Zudem hätten etliche Studenten im Schnitt täglich mehr als zwölf Stunden lang arbeiten müssen. Bei Kündigung seien ausstehende Löhne nicht bezahlt worden.

Neugelder für Bank Rothschild

GENÈVE sda. Der Genfer Bank Edmond de Rothschild (Suisse) sind im ersten Halbjahr 2014 Neugelder in der Höhe von 800 Millionen Franken zugeflossen. Insgesamt stiegen die verwalteten Vermögen um 1 Prozent auf 110 Milliarden Franken, wie die Bank gestern mitteilte. Unter dem Strich fiel der Gewinn aber um 18,8 Prozent auf 32,5 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt 36,9 Prozent.

Gericht heisst Sanierung gut

SAAB sda. Hoffnung für Saab: Ein Gericht im schwedischen Vänersborg hat gestern grünes Licht für ein Sanierungsverfahren unter Gläubigerschutz gegeben. Die Eigner des vor der Pleite stehenden Autobauers waren mit ihrem Antrag im zweiten Anlauf erfolgreich, wie das chinesische Konsortium National Electric Vehicle Sweden (Nevs) mitteilte. Am Donnerstag waren die Saab-Eigner mit einem Antrag auf Gläubigerschutz noch gescheitert. Saab hat im Mai die Produktion in Trollhättan wegen Liquiditätsproblemen gestoppt. Saab hat rund 53 Millionen Franken Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten.

Italien: Deflation und Rezession

SCHULDENKRISE Mit der einsetzenden Deflation schlittert Italien immer tiefer in die Wirtschaftskrise – und die angestossenen Reformen kommen lediglich schleppend voran.

DOMINIK STRAUB, ROM
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Während Wochen hatte die Regierung entsprechende Befürchtungen ins Reich der Fantasie verwiesen, doch nun ist Italien von der Abwärtsspirale der Preise doch eingeholt worden: Im Juli fielen die Konsumgüterpreise um 0,1 Prozent – das Land befindet sich zum ersten Mal seit 55 Jahren wieder in einer Deflation. Es war aber nicht die einzige schlechte Nachricht, die in Rom gestern eintraf: Das nationale Statistikamt Istat meldete, dass auch im zweiten Quartal dieses Jahres die Wirtschaftsleistung geschrumpft ist, und zwar um 0,2 Prozent. Damit befindet sich Italien wieder in der Rezession; die geringfügige Erhöhung des BSP im letzten Quartal 2013 hat sich definitiv als Strohfeuer erwiesen.

43 Prozent Jugendarbeitslosigkeit

«Die Situation ist dramatisch», kommentierte gestern der Präsident des Arbeitgeberverbands Confindustria, Giorgio Napolitano. Er dachte dabei an die dritte Hiobsbotschaft von gestern: Die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen und beträgt nun 12,6 Prozent, bei den 18- bis 25-Jährigen gar 43 Prozent. Allein im Juli 2014 gingen laut Istat 35 000 Stellen verloren – mehr als tausend pro Tag. Seit dem Ausbruch der Dauerkrise im Jahr 2008 ist die Industrieproduktion in Italien um einen Viertel eingebrochen, das Bruttoinlandsprodukt ist real auf das des Jahres 2000 zurückgefallen. «Italien lebt seit zwanzig Jahren über seinen Möglichkeiten und verschwendet damit seinen Reichtum. Wir müssen endlich entscheiden, was wir wollen», forderte Squinzi. «Wir brauchen ein Projekt für dieses Land.»

Blasse Bilanz von Matteo Renzi

Der junge Regierungschef Matteo Renzi ist ein Mann, der ein solches Projekt zu haben glaubt. Er will Italien modernisieren, die Palazzi der Macht durchlüften, die alten Verkrustungen aufbrechen, die alte Politikergarde «verschrotten». Pro Monat eine Reform hatte der



Die Reformprojekte in Italien sind ins Stocken geraten – zum Leidwesen der heimischen Volkswirtschaft. AP/Luca Bruno

39-Jährige versprochen, nachdem er vor einem halben Jahr durch einen Putsch gegen Parteifreund Enrico Letta an die Macht gekommen war. Doch Renzi's Bilanz nach sechs Monaten ist mager. Die Abschaffung der überflüssigen Provinzverwaltungen ist zwar beschlossen, aber noch längst nicht vollzogen. Die Reform des Senats hat gerade einmal die erste von mindestens vier Lesungen hinter sich. Und die Senkung der Lohnnebenkosten bei 11 Millionen Geringverdienern um 80 Euro monatlich entpuppte sich als wirkungslos. Mehr als das hat Renzi bis jetzt nicht vorzuweisen.

40 Milliarden für die Infrastruktur

In seiner gewohnt forschen Art wollte der Premier gestern ein neues – selbstverständlich erneut «epochales» – Reformpaket präsentieren. Für etwas mehr als 40 Milliarden Euro sollten blockierte Infrastrukturprojekte in Angriff genommen und die lähmende Bürokratie auf Vordermann gebracht werden. Nebenbei sollte auch noch die extrem langsame Justiz reformiert und das Bil-

dungssystem auf neue Grundlagen gestellt werden. Doch am Vorabend bestellte der greise Staatspräsident Giorgio Napolitano den ungestümen Premier zu sich: Er riet ihm, das Fuder nicht zu überladen und stattdessen weniger, dafür besser vorbereitete, konsensfähige und vor allem finanzierbare Vorlagen zu präsentieren. Die vorgesehenen 40 Milliarden reduzierten sich in der Folge auf knapp 4 Milliarden, die umstrittene Justizreform wurde offener formuliert und die Bildungsreform auf die nächste Regierungssitzung verschoben.

Deflation, Rezession, steigende Arbeitslosigkeit: Die katastrophalen Wirtschaftsdaten belegen, dass Italien weit von der «radikalen und glaubwürdigen Reformstrategie, inklusive der Flexibilisierung des verkrusteten Arbeitsmarkts und der vollständigen Liberalisierung und Privatisierung der lokalen Werke», wie sie die Europäische Zentralbank (EZB) im August 2011 gefordert hatte, entfernt ist. Vielmehr hat sich seit der Absetzung von Silvio Berlusconi durch Napolitano im November 2011

die finanzielle Schiefelage noch zuspitzt: Beim Amtsantritt des ehemaligen EU-Wettbewerbskommissars Mario Monti, als Italien infolge eines Anstiegs der Schuldzinsen kurz vor dem Kollaps stand, betrug der Schuldenberg noch 1900 Milliarden Euro, was 119 Prozent des BSP entsprach. Jetzt liegen die Verbindlichkeiten bei 2200 Milliarden beziehungsweise 133 Prozent des BSP.

Italien: Gefahr für den Euro

Will heissen: In den letzten drei Jahren ist die italienische Staatsschuld jährlich um durchschnittlich 100 Milliarden Euro angestiegen – trotz der unzähligen Sanierungsprogramme der Regierung Berlusconi, Monti, Letta und Renzi und trotz eines gleichzeitigen, markanten Anstiegs der Gesamtsteuerbelastung. Damit bleibt das Land eine potenzielle Gefahr für die Eurozone und die Einheitswährung.

Italien ist «too big to fail»: Kein Rettungsschirm der Welt wäre auch nur annähernd gross genug, um den italienischen Schuldenberg abzudecken.

Es gibt beim Thema Compliance viele Gretchenfragen

Nun sag, wie hast du's mit der Religion? Du bist ein herzlich guter Mann, allein ich glaub, du hältst nicht viel davon.» Diese Frage steht in Goethes «Faust». Sie heisst

Gretchenfrage, weil Gretchen sie stellt. Verallgemeinernd ist mit dem Begriff «Gretchenfrage» eine Frage gemeint, die der Sache auf den Grund geht. Das sollte man auch hier: Viele Unternehmen bekunden seit Jahren lautstark (man könnte wortschöpfend sagen: je «skandalöser», desto häufiger), dass kein Geschäft der Welt, aber wirklich gar keines, keinen Franken, schon gar keinen Dollar wert sei, dass man gegen Regeln verstosse. Nein, das will man nicht. Man will nicht permanent ein dezimiertes Vertrauenskapital wiederherstellen müssen.

Die Finanzmarktaufsicht Finma wies tatsächlich durch ihren neuen Direktor Mark Branson in diesem Frühsommer an der Jahresmedienkonferenz darauf hin, dass korrektes Geschäftsverhalten immer wichtiger wird. Wieso wichtiger – wie und was war denn bisher? Irgendwie scheine ich etwas verpasst zu haben. Schon 1988 schrieb übrigens die NZZ von einem zeitraubenden Kampf um Integrität (im Finanzbereich), und irgendwie habe ich gedacht, das sei nun wirklich nicht mehr neu. Eigentlich gab und gibt es ja seit Jahrzehnten das Bild des ehrbaren Kaufmanns, der verantwortungsvoll und nach Treu und Glauben handelt. Ein Wirtschaftsmagazin zieht Bilanz, wie die Compliance Manager die Wirtschaft «übernehmen». Was – mit Verlaub – der

Sache nicht ganz gerecht wird. Zunächst geht es beim Begriff Compliance darum, dass ein Unternehmen sich ordnungsgemäss verhält, also dafür besorgt ist, dass seine Tätigkeit im Einklang mit geltenden Spielregeln («to comply with» heisst erfüllen, einhalten) erfolgt. Dazu zählen nicht nur Gesetze, sondern allgemeine Regeln wie Anstand, Treu und Glauben, Fairness, Ehr-

AUSSICHTEN

lichkeit. Eigentlich ist das ja nichts anders als das, was von Mitmenschen und Unternehmen erwartet wird, damit wir ihnen überhaupt vertrauen können. Und eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wer nicht mit dem Dusenjet durchs Kinderzimmer geflogen ist, der kennt das alles.

Für Unternehmen ist das Umfeld komplexer geworden, weil die Regeldichte enorm gewachsen ist – aus verschiedenen Gründen: Das Risiko ist gross, irgendwie, irgendwann der rasch wachsenden Zahl von einschlägigen Gesetzen, Verordnungen und internationalen Regulierungen nicht zu genügen. Zudem sind Unternehmen gehalten, sich ordnungsgemäss zu organisieren, und dazu zählt,

sicherzustellen, dass Regeln und Standards von allen Mitarbeitenden überall und immer respektiert werden. Es braucht Weisungen, die Schulung der Mitarbeitenden, es sind Kontrollen erforderlich, und Sanktionen bei Verstössen sind notwendig. Das hat nichts damit zu tun, dass Compliance Officers die Wirtschaft übernehmen: Sie sind lediglich, aber immerhin sehr wichtige Hilfsfunktionen, die das Unternehmen darin unterstützen, den Regeln Nachachtung zu verschaffen. Sie machen das Unternehmen und die Mitarbeitenden so verstanden sicherer. Sie tragen viel Verantwortung, weil man von ihnen erwartet, dass sie ein Unternehmen vor Rechts- und Reputationsrisiken schützen.

Ein Compliance Office muss ausreichend mit gut ausgebildeten und kompetenten Personen besetzt sein, die beharrlich, unabhängig und mutig arbeiten. Sie brauchen für ihre Arbeit Zeit.

Die Gretchenfrage, die sich stellt, ist die nach dem Respekt und der Wertschätzung für diese Compliance Officers. Die Wahrnehmung, sie seien Geschäftsverhinderer oder Geschäftsverlangsamers, ist ein Argument aus der Mottenkiste. Wer so argumentiert und sie deshalb in der «Gunstkursbörse» tief ansiedelt, hat nichts verstanden von Compliance als Teil der Wertschöpfungskette. Dass Compliance

Offices häufig personell unterdotiert sind, ist leider eine Feststellung, die nicht neu ist. Und die letztlich Zweifel daran aufkommen lässt, dass Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder ihre Verantwortung verstehen. Neueren Inhalts ist Folgendes: Nicht nur, dass einzelne Banken den an den Schaltern arbeitenden Beratern vorgeben, wie viel Zeit sie für einen einzelnen Kunden aufwenden dürfen – es sind in einem mir bekannten Fall genau 5 Minuten. Nein, es gibt bedeutende Institute, die den Compliance Officers unter dem Titel Effizienz und Qualität genau vorschreiben, wie lange sie pro Fall ihrer Prüfungs- und Kontrolltätigkeit nachkommen dürfen. Das Tempo wird zum entscheidenden Kriterium. Es ist mir schleierhaft, wie man die «Produktivität» von Kontrollen so bewerten will. Das Risiko wächst vielmehr, dass bei einer solchen Übungsanlage etwas passiert.

Wer als Manager nach dem Motto «read my lips» von korrektem Verhalten in jedem Fall spricht – der muss bereit sein, den Rahmen für die entsprechenden Massnahmen verantwortungsvoll zu setzen. Ersetzen Sie im Faust-Zitat das Wort Religion mit Compliance. Und Sie wissen, was ich meine.

HINWEIS
Monika Roth (62) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

